

US-Amerikaner fragen derzeit häufig angesichts des rasanten Impffortschritts im eigenen Land: „Und, sind deine Eltern in Deutschland schon geimpft?“ Ein Nein der deutschen Korrespondentin ruft Erstaunen hervor – vor allem aber die dann folgenden Erklärungsversuche mit Bürokratie und Datenschutz, europäischem Staatenbund und Föderalismus. „Deutschland war doch so schnell mit allem am Anfang der Pandemie, wie kann das sein?“, fragt eine Bewohnerin in Washington.

Deutschland, vor einem Jahr Musterschüler in der Pandemiebekämpfung hat seinen Glanz längst verloren – und sorgt für Verwunderung im Ausland. Impfflaute, fehlende Tests und steigende Inzidenzen, Maskenskandal, revidierte Osterruhe und der Streit zwischen Kanzlerin und Länderchefs: US-Medien berichten seit Tagen fast ausschließlich über die Verfehlungen des Landes in der Pandemie – und gehen in ihren Kommentarspalten hart mit der Bundesregierung ins Gericht: „Angela Merkel hat ihre Kraft in der Pandemie verloren“, bewertet etwa das „Wall Street Journal“.

Die Probleme der Kanzlerin in der Coronakrise erklärt die Zeitung ihren Lesern so: „Eigenschaften, die sie zu einem perfekten Anti-Trump gemacht hatten, sprechen jetzt gegen sie.“ Während zu Beginn der Pandemie wissenschaftlicher Sachverstand und Erfahrung gefragt gewesen seien, komme es inzwischen auf starkes Management an. „Sie ist diesem Job nicht gewachsen“, so das harte Urteil der Zeitung über eine Politikerin, die in der Flüchtlingskrise vor fünf Jahren und als Managerin der Pandemie vor einem Jahr ausdrücklich gelobt und gefeiert wurde.

Der Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung“, Eric Gujer, sieht das ähnlich: Die „preußische Haltung“, die zu Beginn der Pandemie für Erfolge gesorgt habe, sei zum Problem geworden, als es darum ging, Impfstoff zu organisieren und zu verteilen. Nach zwei Weltkriegen und Hyperinflation sei Deutschland fast nichts so wichtig wie Sicherheit. „Wo diese zur wichtigsten Maxime wird, denkt man nicht in Möglichkeiten und Chancen.“

Und auch im fernen Japan werden Merks Osterrückzieher, der langsame Fortschritt beim Impfen und der Wandel in der politischen Stimmung im Land intensiv registriert. Mikio Suge-no, Kommentator der Wirtschaftszeitung „Nikkei“ warnt gar: „Die Schwäche, die die Kanzlerin im 16. Amtsjahr zeigt, könnte auf Europa überschwapen und Chaos auslösen.“

„Neandertal-Systeme in den Gesundheitsämtern

Es ist nicht nur die Kanzlerin, die das Kopfschütteln im Ausland auslöst, es sind Schwächen in Deutschland, die zuvor niemand so vermutet hätte. „Das Coronavirus hat Deutschlands Image als effizientes, gut geführtes Land, das mit einer Krise dieser Größenordnung fertig wird, eine Delle verpasst“, urteilt Judy Dempsey vom Thinktank Carnegie Europe und hat dabei vor allem die fehlende Digitalisierung im Blick.

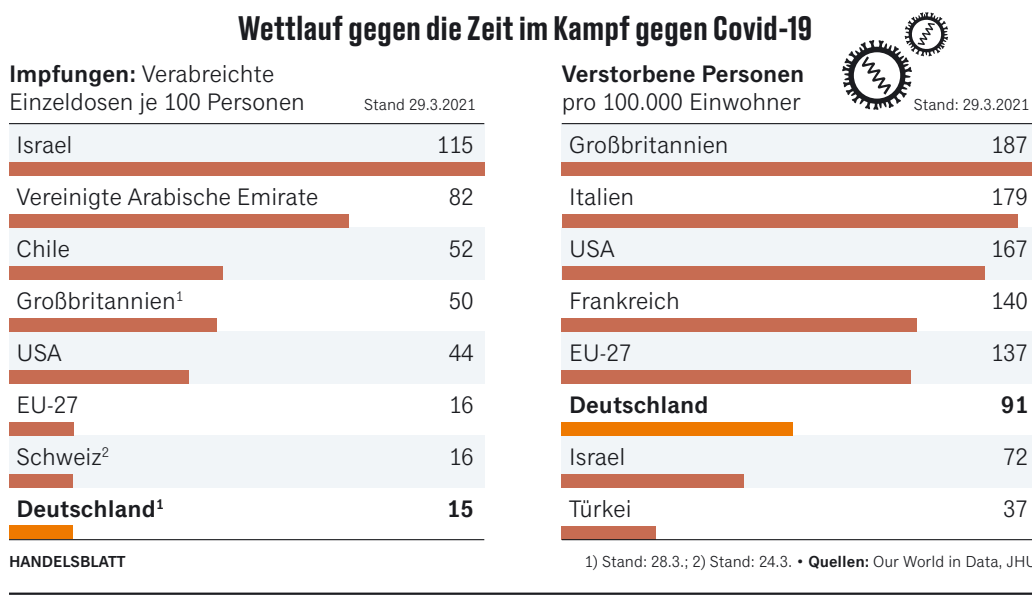
Sie spricht von „Neandertal-Systemen“ bei den Gesundheitsämtern und großen Defiziten in der digitalen Bildung. Für einige der technologischen Rückstände, die sich in der Pandemie in Deutschland offenbart haben, trage die Kanzlerin die Verantwortung. Die deutsche Bürokratie verschlimmere die Notlage.

Politiker aus anderen Ländern halten sich mit Kritik oder Häme zurück.



Denn kaum ein Land hat ein durchweg positives Corona-Krisenmanagement hingelegt. In den USA und in Großbritannien, wo die Impfungen viel schneller greifen als in Deutschland, sind die Covid-Todesraten pro 100.000 Einwohner weitaus höher (siehe Grafik). Ebenso in anderen europäischen Ländern wie Spanien oder Italien, in Schweden oder der Schweiz. In Japan oder Südkorea, wo die Covid-Ansteckungen besser eingedämmt werden konnten, wurde dagegen bisher weit aus weniger geimpft als in Deutschland.

Doch hinter vorgehaltener Hand wundern sich Politiker auch in anderen europäischen Ländern schon. Griechische und italienische Politiker etwa sind erstaunt, dass die deutsche Impfkampagne so schlecht organisiert ist – gerade die Effizienz der deutschen Verwaltung bewunderte man bisher.



Deutschlands Reputation im Ausland  
**„Die Kraft verloren“**  
Zu Beginn der Pandemie galt Deutschland als globaler Musterschüler. Nun sorgen Impf- und Testflaute, Technologieprobleme, Maskenskandal und überbordende Bürokratie im Ausland für Verwunderung.

**Bundeskanzlerin Angela Merkel:** „Sie ist diesem Job nicht gewachsen“, kommentiert das „Wall Street Journal“.

Während die Deutschen in der Corona-Hotline verzweifeln, läuft die Impfterminvergabe in Griechenland reibungslos. Dass Hellas trotzdem bei der Impfquote nur knapp vor Deutschland liegt, hängt mit dem schleppenden Nachschub zusammen. Da fällt dann schnell der Name der deutschen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

**Erst Dieselgate, dann Wirecard, jetzt die Corona-Probleme**

Dass das Image der Bundesrepublik durch die Fehler im Corona-Management dauerhaft einbüßt, glaubt kaum jemand in Italien. In der Pandemie hätten alle Länder ihre Probleme gehabt. Doch dann zeichnet ein italienischer Politiker das größere Bild: Es sei ja nicht nur Corona. Es seien eher die Skandale um Volkswagens Diesellaffäre und die Bilanzfälschungen von Wire-

card, die Deutschlands Reputation gefährdet hätten.

In Griechenland ist mittlerweile auch der Name des Abgeordneten Georg Nüßlein nicht mehr unbekannt. Impfchaos, Maskenaffäre und das ständige Bund-Länder-Gezerre um den Lockdown sind nur drei Mosaiksteinchen eines gewandelten Deutschlandbildes in Griechenland. Einst für seine Ordnung und Effizienz geachtet, wenn auch nicht geliebt, gilt Deutschland heute vielen als ein Beispiel dafür, wie man es besser nicht macht.

**Griechenland kritisiert fehlende Unterstützung durch Berlin**

Gerade erst hatten sich die deutsch-griechischen Beziehungen von der Zerrüttung während der Schuldenkrise etwas erholt, als deutsche Medien gehässig von den „Pleitegriechen“ schrieben. Da fühlen sich viele Griechen im Gaststreit mit der Türkei im östlichen Mittelmeer unzureichend von Berlin unterstützt.

George Pagoulatos, Professor für Europäische Politik und Ökonomie an der Wirtschaftsuniversität Athen und Direktor der Denkfabrik Eliamep, warnt vor einem neuen Tiefpunkt der Beziehungen und zeichnet kein schmeichelhaftes Bild des europäischen Partners: „Deutschland wird als ein Land wahrgenommen, das seine eigenen wirtschaftlichen Interessen der Solidarität mit anderen EU-Mitgliedstaaten überordnet“, sagt er.

Es klingen jedoch bei all der Verwunderung und Kritik noch immer lobende Töne zur bisherigen Covid-Politik nach. Etwa in Spanien. „Der deutsche Exit aus dem Lockdown ist gut, weil er sehr vorsichtig geschieht und

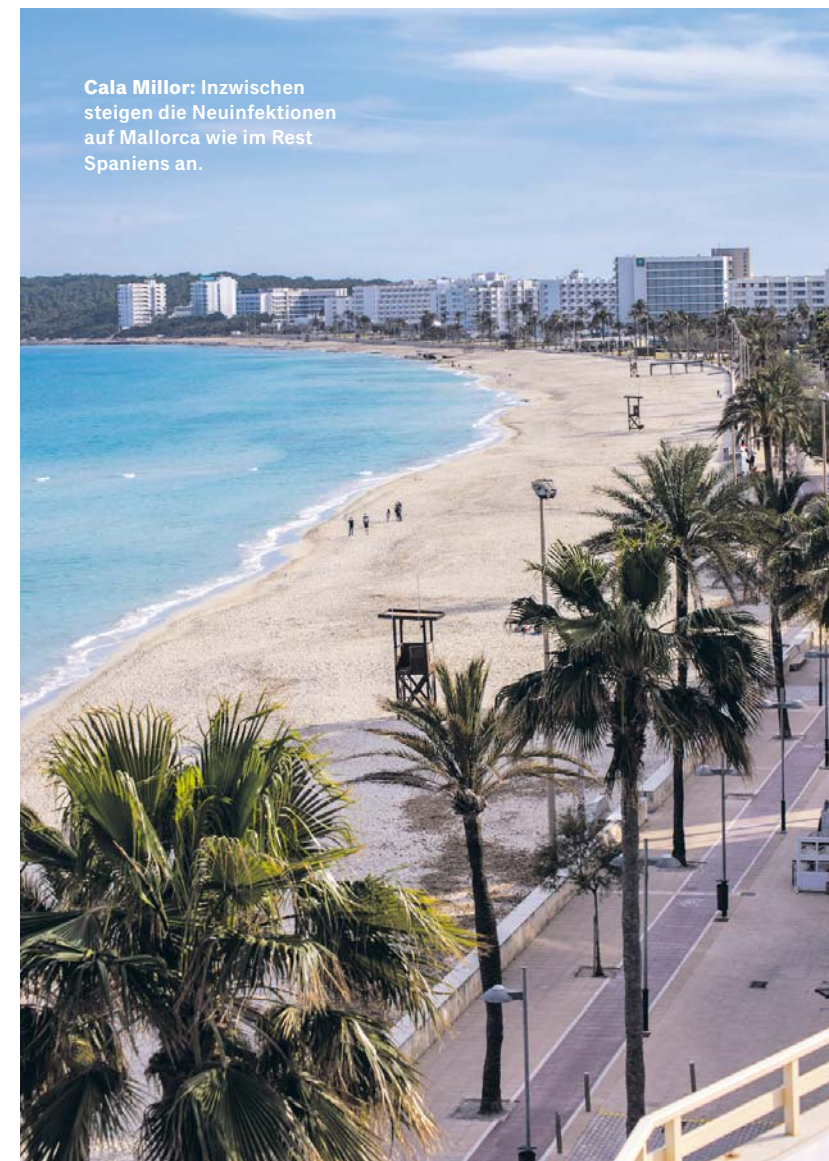
Das Coronavirus hat Deutschlands Image als effizientes, gut geführtes Land, das mit einer Krise dieser Größenordnung fertig wird, eine Delle verpasst.

**Judy Dempsey**  
Carnegie Europe

sich am epidemiologischen Prinzip der Vorsorge orientiert“, urteilt Rafael Bengoa, Co-Chef des Instituts für Gesundheit und Strategie in Bilbao. Am Ende sei das auch besser für die Wirtschaft. „In Europa haben wir versucht, mit dem Virus zu leben, statt ihn auszuzerieren wie das die Länder Asiens oder auch Australien und Neuseeland getan haben.“ Europa schwanke zwischen Öffnung und Schließung der Wirtschaft und immer neuen Virusausbrüchen. Künftig müsse Europa von Asien lernen, wo es deutlich mehr Erfahrung mit Viren gebe, denn: „Die nächste Pandemie kommt bestimmt.“

Davon geht auch Kommentatorin Dempsey vom Thinktank Carnegie Europe aus und fordert für Deutschland: „Wie in anderen EU-Ländern sollte das Coronavirus der Auslöser sein, die Schwächen in der Technologie und bei der Widerstandsfähigkeit eines solch reichen Teils der Welt anzugehen.“ Dann könne dies die beste Vorbereitung sein für die nächste Pandemie.

Nicole Bastian, Gerd Höhler, Martin Kölling, Sandra Louven, Annett Meiritz, Christian Wermke



Cala Millor: Inzwischen steigen die Neuinfektionen auf Mallorca wie im Rest Spaniens an.

**Spanien**  
**Der Urlaub auf Mallorca wird zum Politikum**

Zu den Osterferien werden 40.000 deutsche Urlauber auf der Insel erwartet. In Deutschland sorgt das für Unmut.

Auf den ersten Blick herrscht an der Playa de Palma auf Mallorca bereits wieder so etwas wie Normalität. Die Terrassen von Cafés und Restaurants an der Strandmeile sind gut gefüllt. Doch der Eindruck täuscht. „Momentan profitieren wir noch davon, dass hier an der Playa noch nicht so viele Lokale geöffnet haben – schließlich ist die Zahl der Touristen ja noch sehr begrenzt“, sagt Gerlinde Weiniger, Chefin des Restaurants „Münchner Kind“. Viel Geld könne mit den wenigen Urlaubern jedoch noch nicht gemacht werden.

Die Wirtin freut sich, dass die Deutschen allmählich wieder auf die Insel zurückkehren, hat jedoch kein Verständnis für den aktuellen Ärger über Mallorca-Urlaube. Es seien andere Urlauber als sonst: „Partymacher und der übliche Ballermann-Tourismus sind eindeutig nicht anwesend“, sagt sie. „Die Leute, die momentan zu uns kommen, essen etwas in Ruhe oder trinken einen Kaffee – Party macht hier keiner.“ Wie deutsche Politiker noch immer vom angeblichen Saftourismus auf Mallorca sprechen können, sei ihr unverständlich. „Hier hat doch alles zu.“

Osterurlaub auf Mallorca ist in diesem Jahr ein Politikum. Die deutschen Touristen auf der Baleareninsel sind mittlerweile zu einem Symptom für die Inkonsequenz in der Corona-Politik geworden. Während die Hotels in Deutschland für touristische Reisen wei-

terhin geschlossen bleiben, können Ferienhungrige problemlos auf die Balearen fliegen, weil diese seit dem 14. März nicht mehr als Risikogebiet gelten. Das sorgt insbesondere bei den tourismusabhängigen Bundesländern für Ärger. Dass Mallorca nicht mehr als Risikogebiet gilt, ließ die Buchungen prompt in die Höhe schnellen. Rund 40.000 deutsche Gäste werden jetzt in den Osterferien auf der Insel erwartet. Verglichen mit den Jahren vor der Pandemie ist das verschwindend wenig: Nach Angaben des mallorquinischen Hotelverbands FEHM kamen in den Osterferien im April 2019 knapp 424.000 Deutsche – zehnmal mehr als in diesem Jahr.

Der Bundesregierung sind die Oster-Urlauber dennoch ein Dorn im Auge. Sie hat ein grundsätzliches Reiseverbot für Urlaub im Ausland geprüft, das inzwischen aber wieder vom Tisch ist. Durchgesetzt hat sie, dass seit diesem Dienstag alle Urlauber vor der Rückkehr nach Deutschland einen negativen Corona-Test vorweisen müssen. Das kann ein PCR- oder Antigen-Test sein. Die Regel gilt vorerst bis zum 12. Mai. Auf Mallorca bieten Labore und sogar einige Hotels die Tests an. Am Flughafen in Palma gibt es zwar auch ein Test-Zentrum. Doch das funktioniert nur mit vereinbarten Terminen und die sind rum um die Osterferien bereits alle vergeben. Wer positiv getestet wird, muss auf der Insel in Quarantäne. Dafür hat die

balearische Regierung ein Hotel bereitgestellt, dessen Kosten die europäische Krankenversicherung übernimmt. Dort sind derzeit bereits elf Menschen untergebracht, die entweder positiv getestet wurden oder engen Kontakt mit einem Infizierten hatten. Zwei der elf sind deutsche Touristen. Wer in seiner Ferienwohnung oder im Hotel bleiben will, muss die Kosten selbst tragen. Viele Pauschalreisen enthalten eine Covid-Versicherung, die auch die Quarantäne im gebuchten Urlaubshotel abdeckt.

Auf den Balearen lag die Sieben-Tage-Inzidenz am 12. März nach einem gut zweimonatigen Lockdown bei 13 Fällen pro 100.000 Einwohnern. Inzwischen steigen die Neuinfektionen aber ebenso wie im Rest Spaniens wieder an. Am Montag lagen sie auf den balearischen Inseln bei 37 Fällen und damit deutlich näher am Grenzwert von 50, ab dem Deutschland ein Land als Risikogebiet einstuft.

Die Leute, die momentan zu uns kommen, essen etwas in Ruhe oder trinken einen Kaffee – Party macht hier keiner.

**Gerlinde Weiniger**  
Restaurantchefin, Palma

Die Regionalregierung hat deshalb in der vergangenen Woche die Restriktionen wieder erhöht: Restaurants, die zuvor ein Drittel ihrer Kapazitäten in den Innenräumen auslasten konnten, dürfen jetzt nur noch die Terrassen öffnen. Um 17 Uhr geht ohnehin eine Sperrstunde und von 22 bis 6 Uhr eine Ausgangssperre. Hotels dürfen zwar bis 22 Uhr in den Speiseräumen Essen servieren, doch nur für eine erheblich reduzierte Zahl an Gästen. „Wir haben deshalb verschiedene Essenszeiten eingerichtet – das machen wir sonst nur in der Hochsaison“, heißt es bei Tui. Die eigenen geöffneten Hotels auf Mallorca würden derzeit nur zu 70 bis 75 Prozent belegt, um Engpässe zu vermeiden.

**Geisterstadt Magaluf**

„Im Spa-Bereich dürfen in der Sauna nur eine Person oder Bewohner desselben Haushalts sitzen, klimatisierte Pools oder Jacuzzis dürfen wir gar nicht öffnen“, sagt Juan Company, Direktor des Alcúdia Garden Aparthotels im Norden von Mallorca. Von den 238 Zimmern sind gerade einmal 50 mit ausländischen Touristen belegt – ausnahmslos Deutsche. In Regionen wie Alcúdia ist es noch deutlich ruhiger als an der Playa de Palma.

Als wahre Geisterstadt präsentiert sich währenddessen der Urlaubsort Magaluf am westlichen Ende der Bucht von Palma. Bars, Restaurants und Klubs an der Partymeile Punta Ballena sind verammelt und die Straßen fast menschenleer. Dort verbringen vor allem Briten ihren Mallorca-Urlaub, doch in Großbritannien gilt ein striktes Reiseverbot. Deutsche dürfen zwar reisen, aber die hitzige Debatte um die Oster-Urlauber hat dazu geführt, dass mancher Tourist seine Ferien lieber geheim hält. Ein Unternehmer aus Hamburg will seinen Namen deshalb nicht in der Zeitung lesen und verzichtet darauf, Bilder seines Urlaubs auf Social-Media-Kanälen zu posten. „Wenn das Kunden oder Freunde mitbekommen, müssten wir uns nach der Rückkehr einiges anhören – und darauf können wir gut verzichten.“ S. Louven, M. Wrobel

**Frankreich**  
**Macrons Alternative zu Merks Kurs**

Die Not der Krankenhäuser zwingt den Präsidenten zu einem härteren Kurs.

Emmanuel Macron hat es versucht: Er hat einen deutlich anderen Kurs als Reaktion auf die Pandemie verfolgt als Bundeskanzlerin Angela Merkel, stärker nahm er Rücksicht auf die Wirtschaft und die Psyche der Franzosen. Doch mittlerweile gerät Macrons Strategie, von seinen Ministern als „dritter Weg“ bezeichnet, an die Grenze der Belastbarkeit des Gesundheitssystems. In der Ile de France um Paris liegt die Inzidenz über 600, alle Intensivbetten sind belegt, 80 Prozent der Operationen werden abgesagt. In den nächsten Tagen muss Macron wohl deutlich härtere Auflagen beschließen.

Im Januar drängten die Fachleute seines wissenschaftlichen Beratergremiums Macron, sofort wieder einen scharfen Lockdown zu verhängen. Doch der Präsident ließ seinen Premier eine ganz andere Priorität formulieren: „Unsere Pflicht ist es, ein neues confinement (Lockdown) zu vermeiden“, sagte Jean Castex. Vor einem Jahr war Macron dagegen völlig den Experten gefolgt: Er ließ die Schulen schließen, die Franzosen bei sich zu Hause einsperren, das öffentliche Leben zum Erliegen kommen. Die Infektionswelle wurde gebrochen, doch die Rechnung war bitter: die schärfste Rezzession seit dem Zweiten Weltkrieg, die dramatische Verschlechterung der schulischen Leistungen ärmerer Kinder und eine sprunghaft steigende Zahl von Depressionen. Schon im Mai reagierte Macron und ließ die Schulen wieder öffnen.

Noch in der vergangenen Woche, nach dem EU-Gipfel beharrte Macron auf seinem Standpunkt: „Ich sage es Ihnen: Wir hatten recht damit, Frankreich Ende Januar nicht wieder in den Lockdown zu schicken, denn es ist nicht zu der Explosion der Infektionen gekommen, die von allen Modellen prognostiziert wurde.“ Macron ist kein Hasardeur. Aber die sozialen, psychischen und wirtschaftlichen Folgen des seit einem Jahr anhaltenden Lebens unter der Glocke haben für ihn einen anderen Stellenwert als für Merkel. Die Scherben, die eine zu harte Politik verursacht, muss Macron voraussichtlich selbst aufkehren.

Die Überlastung der Krankenhäuser ist der besorgniserregendste Faktor. Mitte oder Ende der Woche könnte der Präsident neue, schärfere Restriktionen beschließen und würde sich ungewollt mit dem Kurs treffen, den Merkel befürwortet. Thomas Hanke



Frankreichs Präsident Emmanuel Macron: Vor dem nächsten Lockdown?